

**„Der Courier“**  
Organ der deutschsprachigen Canadianer.  
Erscheint jeden Mittwoch.  
Gegründet von der  
„WESTERN PRINTERS ASSOCIATION, LIMITED“  
3. B. G. GARDNER, Geschäftsführer, Direktor.  
Gedrukt von  
„DER COURIER“  
The Organ of the German-speaking settler of the West.  
MEMBERS OF A. B. C.  
Printed and published every Wednesday by THE WESTERN  
PRINTERS ASSN., LTD., a joint stock company, at its office  
and place of business, 1835 Halifax Street, Regina, Sask., Can.  
All stock owned by the readers of the paper.  
J. W. EHMANN, Managing Director.  
(Advertising Rates upon application)

**Regierungswechsel in  
Saskatchewan.**

Es ist charakteristisch für den veränderten Mut, der den bisherigen Premier von Saskatchewan, Hon. J. G. Gardiner, stets auszeichnete, daß er sich trotz des unangünstigen Wahlausganges vom 6. Juni nicht einfach in den Schicksalsspielball zurückzog, sondern sich seinem Schicksal gegenüber dem neu gewählten Legislativrat stellte und das Schicksal seiner Regierung in ihre Hände legte. Nur ein Mann mit reinem politischen Gewissen konnte es auf eine solche Entscheidung vorbreiten. Die Verantwortung für die Entscheidung über die Zukunft der Regierung lag bei ihm. Sie lag bei ihm, weil er die Verantwortung für die Entscheidung über die Zukunft der Regierung lag bei ihm. Sie lag bei ihm, weil er die Verantwortung für die Entscheidung über die Zukunft der Regierung lag bei ihm.

Die außerordentliche Regimentsführung, die er aber doch historische Bedeutung für sich in Anspruch nehmen. Zum ersten Male tritt in der Geschichte von Saskatchewan nach einer 24-jährigen ununterbrochenen liberalen Regierung ein neues System auf. Eine neue Regierung sieht in das Parlamentsgebäude am Victoria-Terrace ein. Es wäre unnütze Mühe, um eine tiefgründige Untersuchung darüber anzustellen, warum das liberale Regime nicht mehr die absolute Mehrheit im Parlament erreichen konnte. Jedoch läßt sich an der Tatsache nicht rütteln, daß der Sturz der Gardiner-Regierung eine Tüte des Schicksals und zwar eine unerwartete Tüte war. Bei der Entscheidung der Wähler für oder gegen die Regierung sollten doch in erster Linie deren Leistungen oder Unterlassungen, ihr „Record“, maßgebend sein. In Wirklichkeit aber konnte die bisherige Opposition keine inhaltliche Kritik an der Regierungstätigkeit der liberalen Partei aussprechen, mitunter wurde sie sogar direkt oder indirekt von ihren politischen Gegnern anerkannt. Wir möchten nur beispielsweise auf die sehr verdienstvolle Tätigkeit eines Hon. Dr. J. M. Ulrich hinweisen, der bei Freund und Feind das Ansehen eines fähigen und tüchtigen Ministers genoss. „Wozu dann ein Wechsel?“ wird heute mancher fragen, der im letzten Wahlkampf sich von der gebührenden Aufmerksamkeit nationaler und lokaler Zeitungen ins Gedächtnis rufen ließe. Der tiefe und letzte Grund ist der: Einige ehrgeizige Politiker fühlten das dringende Bedürfnis, ein einmalige Regierung spielen zu können, wozu sie noch besonders angepornt wurden durch jene Glorie, die man „Machtmann“ nennt, deren Weg unter der ehrlichen und fairen Gardiner-Regierung nicht mehr recht gehen wollte.

Über die zukünftige Wirksamkeit der neuen Regierung in Saskatchewan machen wir uns kein Kopfschmerzen; das überlassen wir getrost Herrn Dr. J. E. M. Anderson und seinem „Kooperations“-Kabinett, das wir nicht nach schönen Worten, sondern nach seinen Taten beurteilen werden. So viel können wir aber heute schon den neuen Männern ins Werkbuch schreiben: Wenn die Regierung den Geist der Individualität, der im letzten Wahlkampf eine so bedeutende Rolle gespielt hat, in die Tat umsetzen will, wird sie uns nicht zu ihren unerbittlichen Gegnern zählen dürfen. Unbequem werden wir am Rechtsanspruch der Wähler auf eine duldsame, gerechte und wohlwollende Behandlung festhalten, einem Rechte, das in der kanadischen Geschichte und Verfassung sowie im neuen Völkerrecht eine hervorragende Stellung einnimmt. Dr. Anderson wagte in der Legislatur nicht, den beleidigenden Artikel des „unabhängigen“ Oppositionsblattes von Regina gegen den Lieutenant-Gouverneur von Saskatchewan klar und unzweideutig zurückzuweisen. Wir hoffen, daß er den vergifteten Geist, den jenes Blatt in Saskatchewan verbreitet hat, aus dem Parlamentsgebäude in Regina fernhält? Wenn nicht, dann möge er wissen, auf welcher Seite der Gerechtigkeit, Duldsamkeit und Freiheit für alle ohne Unterschied ihres Herkunfts, ihres religiösen Bekenntnisses und ihrer Muttersprache. Mit verdoppelter Sorgfalt werden alle Kandidaten von Saskatchewan die neue Entwicklung verfolgen müssen, jederzeit bereit, für ihr Recht und ihre Freiheit einzutreten und, wenn nötig, auch zu kämpfen. Die Entscheidung über die neue Regierung aus Sir Alvin Kinnear, dessen Namen und Religionen, ist uns zunächst zu einer mißtrauischen Einstellung gegenüber dem „Kooperations“-System.

**Sagen Sie es Ihren Freunden:**

**„Der Courier“ ist die führende deutsche Zeitung in Canada!**

**Um die Festlegung der deutschen Grenzen.**

Obwohl seit Annahme des Friedensvertrages von Versailles bereits zehn Jahre verstrichen sind, findet man immer noch Kontroversen an der Arbeit, Deutschlands neue Grenzen abzustimmen, und voraussichtlich werden diese Männer noch mehrere Jahre voll auf ihn tun haben.

Die von den alliierten Mächten und deren Verbündeten aufgestellten Vermittlungskommissionen, denen eine deutsche Kommission zur Seite steht, haben während der fünf ersten Jahre nach dem Friedensvertrag daran gearbeitet, die neuen deutschen Grenzen abzustimmen. Sie unternahmen Feldmessungen und Kartierungen auf einem etwa 2000 Meilen langen deutschen Gebiet an der französischen, belgischen, dänischen und polnischen Grenze und im Saargebiet. Darauf wurde die spanische Grenze bearbeitet.

An der deutsch-schweizerischen Grenze ist man noch nicht mit allen Abmachungen zu Ende gekommen. Es handelt sich um Unstimmigkeiten, die auf Verträge von 1818, 1868 und 1869 zurückzuführen, welche damals zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn abgeschlossen wurden. Eine Reihe von Entschärfungen sind ausgearbeitet worden, und jede der beiden Seiten ist einverstanden darauf, daß sie nicht beanstandet werden. Es wird wahrscheinlich noch einige Jahre dauern, bis die Grenzfestlegungen an den Grenzen Bayerns, Sachsens und der Tschechoslowakei abgeschlossen werden können.

An der polnischen Grenze stellen sich den Kommissionen die größten Schwierigkeiten entgegen. Es mußten hier die ganze Anzahl von Verhandlungen über die Kontrolle der Flüsse, die Oder, Warthe und Weichsel erlassen werden. Die Deutschen protestierten erregt gegen die unzureichenden Zugänge zu den Seen und die Unmöglichkeit, den Deichbau für das umliegende Gebiet aufrecht zu erhalten zu können.

Mit Litauen mußte ein besonderer Vertrag abgeschlossen werden, da eine Sonderart in der Verwaltung des Pommerns den Schiffsverkehr unmöglich machte, und sie dadurch durch litauisches Gebiet fahren mußten.

Auch an der neuen Grenze in dem Eupen-Malmédy-Gebiet an der belgischen Grenze ergaben sich Schwierigkeiten. Eine belgische Kommission, die gerade einen Teil der Grenze und begünstigte die Schmalgalerie. Außerdem ließen einige deutsche Landstrichen jenseits durch belgisches Gebiet.

**Luftschiff und Flugzeug.**

Die mehrfachen Erfolge des deutschen Luftschiffes „Graf Zeppelin“ haben den Zeppelinismus gegenwärtig zur Führung im Weltverkehr mit den Flugzeugen für die weitere Entwicklung des Luftverkehrs veranlaßt.

Deutsche Flugzeugfabriken behaupten jedoch, daß die Führung nur von kurzer Dauer sei unter gleichzeitiger Hinweis darauf, daß die Festlichkeit auf die Weltkarte gewisser Probeflüge war, die gegenwärtig ausgeführt werden sollen. Der Kampf um den Vorkriegsflug über den südlichen Teil des Atlantischen Ozeans wird wahrscheinlich die härteste werden. Viele Flugzeuge werden für diesen Verkehrsbereich gebaut und die Weismorters des Flugzeuges behaupten, daß die ökonomischen und aerodynamischen Verbindungen zu Gunsten der Aeroplane sprechen. Es wird ferner behauptet, daß es verhältnismäßig leicht sein wird, Rost und Frostschäden auf kurzen Strecken zu vermeiden, was für langfristige Luftschiffe unmöglich sei.

Die zukünftige Entwicklung der Zeppeline, so behauptet man, hängt letztlich ganz und gar von Dr. Hugo Eckener ab, der gegenwärtig in Amerika über den Ausbau des Zeppelinverkehrs mit amerikanischen Interessenten verhandelt. Es wird angenommen, daß Dr. Eckener in der Lage sein wird, größere Luftschiffe zu bauen und weitere Verbindungen zwischen den transatlantischen Luftschiffen auszuführen, sofern er amerikanische Kapitalisten an seinem Projekt zu interessieren vermag. Es wird für unweiblich gehalten im Falle, daß Dr. Eckener mit seinen Verhandlungen in Amerika keinen Erfolg haben sollte, daß der „Graf Zeppelin“ noch weitere Probeflüge unternommen wird. Kapitän Ernst Lehmann, der das deutsche Luftschiff von Lakehurst nach Friedrichshafen flüchtig zurückbrachte, jagte zukünftige Weltflüge von Zeppelin-Luftschiffen in 15 Tagen voraus oder um circa 5 Tage weniger als der Rekordflug des „Graf Zeppelin“ um die Welt.

**Sowjetwirtschaft bei der chinesischen Ostbahn.**

In einem Interview mit der United Press behauptet J. J. Mantell, amerikanischer Bahndirektionsleiter und Berater der chinesischen Regierung, daß die Sowjetbeamten der chinesischen Ostbahn Millionen von Dollars während der letzten paar Jahre gestohlen haben.

Mantell berichtet von einer kürzlichen Untersuchung, die er in Sachen der Bahnsituation in der Mandchurie angestellt habe. Er erklärte, daß die chinesische Ostbahn während des Jahres 1928 863,000,000 verdient habe, daß jedoch die Beamten nur einen Reinertrag von \$130,000 an die chinesischen Direktoren berichtet haben. Die chinesische Ostbahn hätte mit Verzicht auf 48 Cents pro Dollar Brutto verdienen können. Aus diesem Grunde sollten die Profite \$30,000,000 im Jahre 1928 betragen haben.

Die Sowjets hatten absolute Kontrolle über die Bahn. Die Chinesen waren nicht so stark in der Wahlleitung vertreten. Die Russen sind daher nach Ansicht Mantells direkt für die Kriensausbeutung verantwortlich. Wäre die chinesische Ostbahn nach dem Muster anderer Bahnen in China betrieben worden, dann wäre die chinesische Regierung in der Lage gewesen, die Schulden an die Sowjetunion schon längst abzutragen, da die Bahn den heutigen Werte fast nicht höher als \$100,000,000 belaufen. Nach dem Abkommen vom Jahre 1924, dem Vertrag von Wuchow, haben die Sowjets die Herrschaft in der Nord-Mandchurie erlangt, die die chinesische Regierung irgendwie besitzen muß. Die Russen haben die Wäcker behalten, so daß es praktisch unmöglich ist, festzustellen, wo das Geld geblieben ist.

**Die letzten Damesgabeln.**

Die letzten Damesgabeln, die der Generalagent für Reparationen in Berlin gab, betrafen, daß Deutschland alle Zahlungen des fünften und letzten Jahres des abgelaufenen Domes-Planes voll und pünktlich geleistet hat. Er stellte gleichzeitig fest, daß alle Ueberweisungen gemäß dem Plane gemacht worden seien, ohne die Stabilität der deutschen Wälsche zu gefährden.

Der Generalagent erhielt von Deutschland ungefähr 2,500,000,000 Goldmark, einschließlich zweier Zahlungen zur Beseitigung der Anleihe des vierten Jahres. Von der Gesamtsumme wurden 1,419,000,000 Mark in ausländischer Währung und ungefähr 1,031,000,000 Mark durch Reichsbankzahlungen in Deutschland geleistet.

Am Ende des Jahres war ein Bar-Saldo von ungefähr 237,000,000 Mark in den Händen des Generalagenten, wovon 67,000,000 in Reichsmark und 170,000,000 Mark in ausländischer Währung bestanden.

Die Zahlung des Jahres an die einzelnen Länder war wie folgt: Frankreich 1,270,605,000 Reichsmark; Großbritannien 530,546,000 Reichsmark; Italien 175,785,000 Reichsmark; Belgien 126,099,000 Reichsmark; Vereinigte Staaten 100,150,000 Reichsmark.

In der Nacht vom 31. Aug. bis 1. Sept., hat im Keller des Reichstages ein gewaltiges Bombenexplosion mehrere Fenster zertrümmert und die ihm benachbarten Häuser zerstört. Die Polizei fand Teile des Uhrwerkes des Bombenmechanismus. Es wurde niemand verletzt.

Die Bombe in den Keller des Gebäudes gekommen ist, ist nicht bekannt, und die Frage beschäftigt die gesamte Berliner Polizei und mehrere hohe Regierungsbeamte. Nur Reichsbank hatte Zugang zu dem Gebäude. Die Polizei verfolgt die Theorie, daß der verurteilte Anschlag von den gleichen Personen gemacht wurde, die kürzlich Bombenattentate in Hannover und Schleswig-Holstein machten.

Der zur Zeit des Anschlages diensttunende Hausmeister war in der Nähe des Kellers, während ein Geheiß den üblichen Rundgang machte und dabei plötzlich einen dumpfen Knall hörte. Er unterließ es, mehrere Fenster des Kellers im rechten Flügel des Gebäudes zertrümmert. Die Eisenwerkzeuge waren gebrochen und verbeugt. Er benutzte sofort die Feuerwehre und die Polizei. Die letztere nahm eine Untersuchung vor und fand Teile des Zünders der Bombe auf dem Boden unterliegen.

Straßenarbeiter, die in der Nachbarschaft beschäftigt waren, hörten gleichfalls die Explosion, die von ihnen als ein dumpfes Grollen beschrieben wurde. Sie nahen dem Geräusch weiter keine Bedeutung bei, bis sie Feuerwehre und Polizisten in großer Zahl herbeieilen sahen.

Seit Mai sind sieben Bombenanschläge auf Regierungsgebäude in Schleswig-Holstein und Ebnenburg vorgekommen, wo seit längerer Zeit Unruhen herrschen, die von dem Parteipräsidenten der Reichsbank, dem Herrn Dr. Grimm von der Provinz Schleswig-Holstein eine förmliche Erklärung, deren fehlerhafte Zündung jedoch eine Explosion verhindert.

Die Regierung hat hohe Belohnungen für Beweise ausgesetzt, die zu der Greifung der Täter führen. Große Bedeutung legt die Polizei der Tatsache bei, daß an einem Laterneufuß in der Nähe des Reichstagesgebäudes ein Zettel mit den Worten „Großdeutschland ermedelt“ gefunden wurde.

Polen, Frankreich und die polnische Delegation den Young-Plan im Prinzip annehme, sich jedoch dem japanischen Vorbehalt anstehende, daß die endgültige Annahme von Deutschlands Erklärung abhängig es würde an Polen seine Forderungen stellen, weder mit Rücksicht auf vergangene noch zukünftige Aktionen.

Die polnischen Vorkämpfer behaupten, die Probleme Europas könnten nicht allein am Rhein gelöst werden und Polens Verteidigungsmaßnahmen im Interesse seiner eigenen Sicherheit würden

dem Ende der langen Fahrt des Luftschiffes zugehen konnten, wurden in die Halle geführt und waren bei dem Aussteigen der Passagiere und Beladung des Luftschiffes zugegen, für die ein großer Turmstiegenbau gebaut worden war.

Vor der Halle jubelten ungezählte Laufende und langen die deutsche Nationalhymne. Ein riesiges „Willkommen“ war mit weißer Farbe auf das Dach der Luftschiff-Halle gemalt worden, während überall die Flaggen Deutschlands, der Vereinigten Staaten, Württembergs, Preußens, Bayerns und Friedrichshafens zu sehen waren.

Nach dem offiziellen Empfang in der Luftschiffhalle besichtigte die Passagiere und Beladung des Luftschiffes geschmückte Automobile und paradieren durch die Straßen dieser kleinen Stadt. Nur Hans von Schiller, einer der Piloten des Luftschiffes, nahm nicht an der Parade teil, weil er von Dr. Eckener Auftrag hatte, das diesem vom Wladislaw geliehene Schwert sicher nach Hause zu bringen

**Weltumschau**

ihm oft ungeredterweise als Militarismus ausgesetzt.

„Mehr als bloßes Friedensgerede“, jagte Prinz Radziwill, „sind wirkliche Friedensbeweise erforderlich, um normale Verhältnisse in Mitteleuropa wieder herzustellen.“ Auf die deutsch-polnischen Handelsvertrags-Verhandlungen der letzten Jahre zu reden kommend, meinte Prinz Radziwill, Deutschland hätte versucht, Polen auszunutzen, wie es vor dem Kriege mit Ausland geschehen sei. Eine wirtschaftliche Wiederauflösung und Harmonie möglich sei, müßte in der Psychologie der Völker und der Regierungen ein Wechsel eintreten.

Die halbamtliche Warschauer „Epoka“ zitiert den französischen Sozialisten-Deputierten Rocquin folgendermaßen: „Polen, wie es durch den Versailles-Friedensvertrag geschaffen wurde, kann innerhalb seiner von allen Nationen garantierten Grenzen über seine Zukunft beruhigt sein. Niemand von uns gibt die Möglichkeit einer Revision seiner Grenzen zu.“ — Die „Epoka“ konstatiert, Rocquin habe in seiner Rede betont, daß er im Namen aller Parteien der französischen Kammer spreche, von der Rechten bis zur Linken.

„Während jetzt alles von einer deutsch-französischen Wiederauflösung spricht, ängstigen sich die polnischen Beamten, und zweifeln finden darin die deutschen Missionen auf Grenzrevision neue Nahrung. Es ist daher gut, daß die Worte des französischen Deputierten jetzt fielen.“ jagt die Zeitung fort.

„Polen ist von dem Ergebnis der deutsch-französischen Verhandlungen betroffen. Es würde auch gerne seine wirtschaftlichen Beziehungen zu dem Reich ins Auge fassen. Es handelt sich jetzt nur darum, daß die Vorteile (?) die Deutschland im Haag ungewöhnlich erreicht, ihm nicht zu Kopf steigen.“

Der Ständige Gerichtshof für den Streit zwischen Frankreich u. der Schweiz über die Freizone in der Umgegend von Gené ist Gutachten abgegeben, das der Sachlage nach als grundsätzliche Entscheidung angesehen werden kann und zugunsten der Schweiz ausgefallen ist.

Frankreich und die Schweiz hatten sich geeinigt, dem Haager Welttribunal die Angelegenheit der Freizone von Hochsavoyen und Gené in dem Sinne vorzulegen, daß der Gerichtshof nach Anhörung des Falles einen Zeitpunkt zu bestimmen habe, bis zu welchem beide Parteien sich in der Sache zu einigen haben. Beide Parteien erklärten, keine Einwendungen dagegen zu erheben, falls der Gerichtshof amtlich oder nichtamtlich beauftragt, zu welcher Angelegenheit er über den Fall gekommen sei. Der Gerichtshof hat in öffentlicher Sitzung folgendes Gutachten über die ganze Frage abgegeben: „Auf die Frage, ob Artikel 435, Paragraph 2, des Versailler Vertrages die Bestimmungen der Verträge von 1815 und 1816, soweit sie die Freizone um Gené betreffen, aufgehoben hat, antwortet der Gerichtshof, daß der betreffende Artikel die erwähnten Verträge nicht aufhebt, daß aber den nun zu schließenden neuen Bestimmungen eine solche aufhebende Kraft wohl zukommt.“

Als Zeitpunkt, bis zu dem von den beiden Parteien ein neues Übereinkommen geschlossen sein muß, setzte der Gerichtshof den 1. Mai 1930 fest.

Die „Diario Schwizer“ drückt die Ansicht aus, daß die Weiche eines blonden jungen Mannes, der mit einem grünen Gummiwagen befördert war und eine Schutzbrille trug, die an dem Strande von Griceira (Portugal) angehängt wurde, die von einem der beiden Schweizer Piloten war, die am 19. August einen Flug über den Atlantik unternahm, auf dem sie verunglückten. Die Weiche, die die Weiche fanden, bestrich sie als die eines blonden jungen Mannes von etwa 20 Jahren, was auf die beiden Piloten, Oscar Kaeler und Kurt Zuecher zutreffen würde. Die Weiche wurde infolgedessen nicht positiv identifiziert und eintriefen in Griceira befestigt.

Man nimmt an, daß die beiden Piloten verunglückt verunglückten, nach dem europäischen Festland zurückzuführen, und daß sie dabei nach Verbruch ihres Brennstoffes ins Meer gestürzt seien.

Die britische Regierung hat eine Untersuchung der polnischen parlamentarischen Kommissionen zur Untersuchung aller Umstände des Auftrages in Palästina eingeleitet. Die parlamentarische Kommission soll vor allem anderen feststellen, ob den Ausschreitungen eine Verhinderung zugrunde liegt oder welche Ursachen den Aufstand veranlaßten. Von dem Ergebnis der Untersuchung wird abhängen.

Die polnische Regierung hat eine Untersuchung der polnischen parlamentarischen Kommissionen zur Untersuchung aller Umstände des Auftrages in Palästina eingeleitet. Die parlamentarische Kommission soll vor allem anderen feststellen, ob den Ausschreitungen eine Verhinderung zugrunde liegt oder welche Ursachen den Aufstand veranlaßten. Von dem Ergebnis der Untersuchung wird abhängen.

Die polnische Regierung hat eine Untersuchung der polnischen parlamentarischen Kommissionen zur Untersuchung aller Umstände des Auftrages in Palästina eingeleitet. Die parlamentarische Kommission soll vor allem anderen feststellen, ob den Ausschreitungen eine Verhinderung zugrunde liegt oder welche Ursachen den Aufstand veranlaßten. Von dem Ergebnis der Untersuchung wird abhängen.

Die polnische Regierung hat eine Untersuchung der polnischen parlamentarischen Kommissionen zur Untersuchung aller Umstände des Auftrages in Palästina eingeleitet. Die parlamentarische Kommission soll vor allem anderen feststellen, ob den Ausschreitungen eine Verhinderung zugrunde liegt oder welche Ursachen den Aufstand veranlaßten. Von dem Ergebnis der Untersuchung wird abhängen.

Die polnische Regierung hat eine Untersuchung der polnischen parlamentarischen Kommissionen zur Untersuchung aller Umstände des Auftrages in Palästina eingeleitet. Die parlamentarische Kommission soll vor allem anderen feststellen, ob den Ausschreitungen eine Verhinderung zugrunde liegt oder welche Ursachen den Aufstand veranlaßten. Von dem Ergebnis der Untersuchung wird abhängen.

ob sich die Regierung zu einer Änderung ihrer Politik in Palästina entschließen wird. Mittlerweile will sie an der Durchführung ihres Mandates und an der Balfour-Erklärung (Einrichtung eines Heimatlandes für die Juden) festhalten. In der Kommission, zu deren Obmann Sir Walter Shaw ernannt wurde, sind, alle politischen Parteien vertreten.

Die polnische Regierung hat eine Proklamation erlassen, die durch Abweisen aus Flugzeugen über Jerusalem und anderen Städten und Ortschaften verteilt wurde. Sie hatte folgenden Wortlaut:

„Ich bin von Großbritannien zurückgekehrt, um zu meinem Lande das Land in einem Zustande von Unruhe und gefahrenvollen Gemütszuständen ausgeht zu finden. Ich habe mit Entsetzen von den von grauenamen und blutdürstigen Ungeheuern begangenen Gräueltaten gehört, von barbarischen Mordtaten an wehrlosen Flüchtlingen der jüdischen Bevölkerung, ungerührt des Alters und des Geschlechts, von Norden, die, wie in dem Falle von Hebron, von unangenehmster Grausamkeit begleitet waren, von dem Wiederbreiten von Tarnen und Häusern in Stadt und Land und von der Plünderung und Zerstörung von Besitztümern. Diese Verbrechen haben den Lärm der Verharmlosung aller zivilisierten Völker der Erde eingebracht.“

„Meine erste Pflicht ist es, die Ordnung wieder herzustellen und strenge Strafen über die zu verhängen, die der Gemütszustand schuldig gefunden werden. Es werden alle nötigen Maßnahmen getroffen werden, um diese Ziele zu erreichen und ich verlange von allen Beobachtern Palästinas, mich in der Erfüllung dieser Pflichten zu unterstützen.“

„Im Einklang mit dem feierlichen Versprechen, das ich der arabischen Exekutive vor meiner Abreise von Palästina im Juni gab, habe ich in England mit dem Kolonialsekretär Verhandlungen über Verfassungsänderungen in Palästina eingeleitet. Angesichts der kürzlichen Ereignisse werde ich die Vorschläge jedoch einweisen zurückstellen.“

„Im den lächerlichen Behauptungen ein Ende zu machen, die in letzter Zeit über die Magerman in Umlauf gesetzt worden sind, mache ich hierdurch im Einverständnis mit der Regierung Dr. Weizsäcker bekannt, daß ich die in dem Weizsäcker vom 19. November 1928 niedergelegten Prinzipien durchzuführen gedenke, sobald Methoden für ihre Anwendung gefunden worden sind.“

Das Weizsäcker erkannte das Recht der Juden auf Zugang zu der westlichen Mauer des Tempels an, die allgemein als die Magerman bekannt ist. Die Juden sind berechtigt, Anbeter-Geräte mitzubringen, wie sie unter dem türkischen Regime gebräuchlich waren. Sie haben jedoch kein Recht, einen Vorhang zur Trennung der männlichen und weiblichen Gläubigen aufzuhängen, wie sie es am Versöhnungstage von 1928 verstanden, als britische Polizeibeamte den Vorhang niederholten und die Betenden auseinandertreiben.

Der russische Eisbrecher „Zemlja“ von Franz Jozef-Land, der mit der Erforschung der neuen russischen meteorologischen Beobachtungsstation auf Franz Jozef-Land mit. Die Mitglieder der Expedition sind voll Begeisterung über den erfolgreichen Fortschritt ihrer Expedition. Es handelt sich dabei um ein russisches Gebiet.

Die Führer der Expedition erörtern die Möglichkeit einer Verwendung von Sowjet-Eisbrechern als Touristenfahrzeuge für die Küste, die dem Franz Jozef-Land oder anderen russischen Besitzungen im hohen Norden einen Besuch abstinieren wollen. Gegenwärtig erörtert die Expedition die Insel Koofer. Eine Gruppe bestehende fünf einsehend mit dem sogenannten Tal des Sämeins, durch das ein türmischer Gebirgszug fließt, während eine zweite Gruppe die Insel von Süden nach Norden durchzuziehen und Kap Albert Markham sowie den Gletscher Helena erreichte.

**Hohes Lob für deutschen Geist.**

Bei der Abiturientenfeier des Pruan & Stratton Business College in Buffalo, N.Y. hielt der Regisseur des Instituts George L. Crisp eine Anrede, in deren Verlauf er dem deutschen Erfindergeist und der deutschen Technik eintrübseligen Tribut schenkte. Auf die Redewendung zugehörig und man ausgedehnt wurde, inwiefern, sollte Erich die Deutschen als Kultur hin; er sprach über deren Leistungen, besonders in technischer Beziehung; die Erfindung des „Graf Zeppelin“ habe eine neue Ära des Transports eröffnet. Der 24. August wird den Abiturienten des College als ein unvergessliches Datum einprägen bleiben, weil sie an diesem Tage ihre Reifeprüfung erhielten, dann aber auch weil an diesem Tage „Graf Zeppelin“ als erstes Luftschiff den Pazifik überflog habe.

**Ontario  
Kohlenlager in Nord-Ontario entdeckt.**

Toronto, 5. Sept. — Nach einer Erklärung von Premier Ferguson von Ontario wurde ein großes Kohlenlager an Abitibi-Tibi, 90 Meilen nördlich von Godfrone, entdeckt. Nach schätzungsweise Schätzung sollen dort auf einer Strecke von einer Meile Länge und einer halben Meile Breite bei den Blacksmith-TalLEN etwa 7 bis 10 Millionen Tonnen geringwertiger Braunkohle nach der Ausbeutung harren. Dr. W. E. Dyck, der Geologe der Provinz Ontario, ist der Meinung, daß die Kohle zum Preise von \$5 bis \$6 per-Tonne dem Markt werden kann, wobei die Neuzugänge nicht miteingerechnet sind. Durch Kohlenförderung soll es nach Ansicht von Dr. Dyck möglich sein die Braunkohle in einigen Fabriken von Ontario zu verwenden. Mit der Einrichtung eines Bergbauers wird sofort begonnen werden.